

16.05.2016

Wahlrecht für Behinderte

# Ihre Stimmen zählen nicht

Paralympics-Siegerin und Bundes-Behindertenbeauftragte setzt sich für Wahlrecht ein

## Das Thema

Behinderte haben in Deutschland noch kein uneingeschränktes Wahlrecht. Auch bei der Europawahl am 25. Mai werden etwa 10 000 Menschen mit Behinderung von der Stimmabgabe ausgeschlossen. Die Behinderten-Beauftragte Verena Bentele möchte das ändern.

Die Behinderten-Beauftragte der Bundesregierung, die sehbehinderte ehemalige Sportlerin Verena Bentele, fordert ein uneingeschränktes Wahlrecht für alle Behinderten. Sie denke dabei an Menschen, die zwar gerichtlich unter Totalbetreuung gestellt worden sind – gleichwohl gebe es aber auch für sie mehr geeignete Mittel der Information und Aufklärung, damit sie ihr Stimmrecht ausüben könnten. Das sagte Bentele jetzt beim Jahresempfang der Behindertenbeauftragten in Berlin.

Ihre Argumente stützt Bentele dabei auf die UN-Behindertenkonvention, die keinen Menschen beim Wahlrecht ausschließt. Es gehe ihr erst einmal um das Prinzip und das Nachdenken über behindertengerechte Information und Aufklärung. Länder wie England und Spanien schränken Behinderte beim Wahlrecht nicht ein.

Bei den bevorstehenden Europawahlen am 25. Mai werden dann die europäischen



Fordert uneingeschränktes Wahlrecht für Menschen mit Behinderung: Behinderten-Beauftragte Verena Bentele.

Foto: privat

Nachbarn mit Behinderung ihre Stimme abgeben dürfen. Tausende volljährige Behinderte in Deutschland werden aber von der Europawahl ausgeschlossen. Sie stehen unter Generalverdacht, die Folgen ihre Stimmabgabe nicht einschätzen zu können. Bentele schätzt die Zahl der Betroffenen auf etwa 10 000.

Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) zeigte sich beim Gespräch in Berlin offen für eine Debatte darüber. Sie kündigte zugleich eine breite Diskussion mit den Behindertenverbänden über ein Bundes-Teilhabegesetz an, indem auch noch andere Belange behinderter Menschen neu geregelt werden sollen.

Kritisch äußerte sich Ministerin Nahles zu der an deutschen Schulen bislang nur schleppend eingeführten Inklusion. Auch die Inklusion ist in der UN-Behindertenkonvention geregelt und fordert den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülern. „Auch wenn ich nicht direkt zuständig bin, fühle ich mich mitverantwortlich und werde die Probleme nicht tabuisieren.“ Deutschland sei in dieser Frage noch längst nicht dort, wo es nach seiner Unterschrift unter der UN-Konvention sein sollte, sagte Nahles.

In Deutschland gelten acht Prozent der Bürger als behindert. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn offiziell zählen dazu nur die Menschen mit einem Behinderungsgrad ab 50. Schließt man hingegen schwächere Handicaps mit ein, dann gelten bis zu zwölf Millionen Menschen in der Bundesrepublik als behindert. (dpa/sur)

# „Man stigmatisiert unnötig“

Interview: Verena Bentele über Wege, Behinderte an Wahlen teilhaben zu lassen

VON DIANA SURINA

ist die Unterstellung, dass Menschen mit Behinderung

Wird eine derart vereinfachte Darstellung der Sache noch

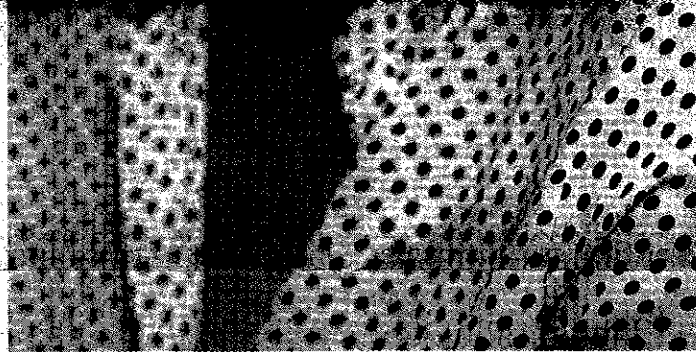
An Arbeitsplätzen ist die Situation komplizierter.

SPD  
CD  
über  
Gabi  
über  
BERLIN  
höhere  
talertr  
Abgelt  
„Die F  
der Ab  
derzeit  
Fraktio  
haus  
blatt“.  
autom  
austau  
gebe,  
Stück  
Baye  
Marku  
Vorsto  
die A  
durch  
dem  
menst  
„Das v  
ger Ste  
ten“,  
schen  
kassier  
erträgi  
steuer  
Ziel w  
Steuer  
zudem  
SPD  
findet  
Er hab  
schläg  
minist  
Abgelt  
auch,  
regier  
sehen  
Wolfg  
steht  
über. (

Nar  
Nac  
.....  
Schn  
bescl  
Die Eiss  
Antark  
globale  
und au  
Dadurc  
Ozeane  
Jahrhu  
gen, er  
schafft

beauftragten in Berlin. Ihre Argumente stützt Bentele dabei auf die UN-Behindertenkonvention, die keinen Menschen beim Wahlrecht ausschließt. Es gehe ihr erst einmal um das Prinzip und das Nachdenken über behindertengerechte Information und Aufklärung. Länder wie England und Spanien schränken Behinderte beim Wahlrecht nicht ein.

Bei den bevorstehenden Europawahlen am 25. Mai werden dann die europäischen



Fordert uneingeschränktes Wahlrecht für Menschen mit Behinderung: Behinderten-Beauftragte Verena Bentele. Foto: privat

ge noch längst nicht vor, wo es nach seiner Unterschrift unter der UN-Konvention sein sollte, sagte Nahles.

In Deutschland gelten acht Prozent der Bürger als behindert. Doch das ist nur die halbe Wahrheit. Denn offiziell zählen dazu nur die Menschen mit einem Behinderungsgrad ab 50. Schließt man hingegen schwächere Handicaps mit ein, dann gelten bis zu zwölf Millionen Menschen in der Bundesrepublik als behindert. (dpa/sur)

# „Man stigmatisiert unnötig“

**Interview:** Verena Bentele über Wege, Behinderte an Wahlen teilhaben zu lassen

VON DIANA SURINA

**Frau Bentele, sehen Sie keine Gefahr in den Folgen, Menschen mit psychischer Erkrankung oder geistiger Behinderung das uneingeschränkte Wahlrecht zu geben?**

VERENA BENTELE: Nein. Dieses Recht ist seit 2009 in der UN-Behindertenrechtskonvention (Artikel 29) festgeschrieben und damit ein Grundrecht, das diesen Menschen zusteht. Ich finde es problematisch eine Grenze des Verständnisses festzulegen. Ist denn jeder andere Mensch, der keine atestizierte Behinderung hat, in der Lage, eine inhaltlich und sachlich begründete Wahlentscheidung zu treffen? Und wie unabhängig sind die Entscheidungen nicht behinderter Menschen wirklich?

**Warum hat Deutschland im Gegensatz zu England oder Spanien Probleme, dieses Recht in die Tat umzusetzen?**

BENTELE: Das Hauptproblem

ist die Unterstellung, dass Menschen mit Behinderung keine unabhängigen Entscheidungen treffen könnten. Man stigmatisiert sie damit unnötig. Anstatt Menschen mit Behinderung zu unterstützen, sie könnten ihre Wahlentscheidung nicht überblicken, sollte man überlegen, wie notwendige Informationen besser aufbereitet und präsentiert werden können.

**Wie könnte eine behindertengerechte Information ihrer Meinung nach denn künftig aussehen?**

BENTELE: Der Zugang zur Information muss dem Handicap entsprechend aufbereitet werden. Die Überlegung muss sein: Wie versetze ich den Menschen in die Lage, eine Entscheidung zu treffen. Der große Wahlzettel ist dann eben nicht für alle die Lösung. Informationen könnten in hörbarer Form, in Bildern oder in leichter Sprache dargestellt oder vorgelesen werden.

**Wird eine derart vereinfachte Darstellung der Sache noch gerecht?**

BENTELE: Ja. Denn jeder Mensch sollte sich entsprechend seiner Möglichkeiten an unserem politischen System beteiligen können. Personen und Programme bildhaft darzustellen und über Assoziationen oder mit Gefühlen zu arbeiten, verringert nicht den Wahrheitsgehalt der Information, die durch diese Person transportiert wird. Ganz im Gegenteil kann damit eine Vorstellung vom Verhalten der Person in Situationen gewonnen werden.

**Wo sehen Sie die größten Felder mangelnder Gleichstellung?**

BENTELE: Zum Beispiel beim Recht auf freie Schulwahl. Stichwort Barrierefreiheit. Oft bedarf es einer einfachen, praktischen Lösung, um Inklusion leben zu können. Gerade bei Neubauten sollte das im Vordergrund stehen.

**An Arbeitsplätzen ist die Situation komplizierter.**

BENTELE: Ja, meinen sprechenden Computer allen zuzumuten, das wäre keine passende Lösung.

## Zur Person

Verena Monika Bentele (32) wurde in Lindau am Bodensee geboren. Die von Geburt an blinde Bentele wuchs auf dem Bio-Bauernhof ihrer Eltern auf. Sie studierte Literatur, Sprachwissenschaften und Pädagogik in München. 1995 gelangte Bentele in den nationalen Nachwuchskader für Skilanglauf und Biathlon, 1996 folgte die WM-Teilnahme. Sie ist vierfache Weltmeisterin und zwölffache Paralympics-Siegerin. Im Januar wurde sie von Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles zur Behindertenbeauftragten der Bundesregierung berufen. Bentele lebt in München und Berlin. In ihrer Freizeit spielt Sport noch immer eine wichtige Rolle. (sur)

## hstellung

chen Steuern und Abgaben. Darüber hinaus zieht der Staat bis zu 40 Prozent des Einkommens für das unter das Sozialgesetz fallende Betreuungspersonal ab. Mehr als 2600 Euro darf ein behinderter Mensch nicht besitzen. Anstrengungen, die eine höher qualifizierte Erwerbsarbeit mit sich bringen, zahlen sich nicht aus.

**Schulwahl und Inklusion**  
Menschen mit Behinderung können nicht einfach in die nächst gelegene Schule gehen. Oft sind diese nicht barrierefrei. Die meisten Menschen mit Behinderung gehen in Bremen zur Schule. 55,5 Prozent von ihnen besuchen eine normale Schule. Hessen und Niedersachsen liegen mit 17,3

und 11,1 Prozent auf den letzten Plätzen.

**Arbeitsplatzwahl**  
In Abhängigkeit von der Art der Behinderung müssen Arbeitsplätze individuell ausgerüstet sein, damit sie behindertengerecht sind. Hilfsmittel wie akustische Verstärker sind nicht selbstverständlich.

**Sexueller Missbrauch**  
Frauen mit Behinderungen sind zwei- bis dreimal häufiger Opfer von Missbrauch. Ferner gaben bei einer Studie des Bundesfamilienministeriums über 80 Prozent der Frauen an, unter Diskriminierung zu leiden. Am Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ (0800/116 016) finden Opfer Hilfe.